

**Die Furcht vor der Geldentwertung**

Eine Dokumentation des Beitrags

von Dr. Thomas Petersen

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 196 vom 24. August 2022

## INHALT

Tabellenübersicht

Originalmanuskript

Untersuchungsdaten

Anhangtabellen

Schaubilder

Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen  
Zeitung Nr. 196 vom 24. August 2022, S. 8,  
unter dem Titel:

"Die Furcht vor Geldentwertung. Konkrete Auswirkungen  
sind noch gering, die Sorgen aber groß."

## TABELLENÜBERSICHT

|           |   |   |   |
|-----------|---|---|---|
| Tabelle   | A | 1 | Belastung durch die Preissteigerungen                           |
|           | A | 2 | Für viele hat sich ihre wirtschaftliche Lage verschlechtert ... |
|           | A | 3 | ... aber den meisten geht es wirtschaftlich recht gut           |
|           | A | 4 | Preissteigerungen nicht nur vorübergehend                       |
|           | A | 5 | Mehrheit erwartet eine ernsthafte Energiekrise                  |
|           | B | 1 | Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)                        |
| Schaubild |   | 1 | Sorgen  |
|           |   | 2 | Ist man von der Krise betroffen?                                |
|           |   | 3 | Sparsam leben   |
|           |   | 4 | Vertrauen in die Maßnahmen der Bundesregierung                  |
|           |   | 5 | Hart bleiben gegenüber Russland oder Zugeständnisse machen?     |

**Originalmanuskript**

Dr. Thomas Petersen

Institut für Demoskopie Allensbach

## **Die Furcht vor der Geldentwertung**

Vor knapp einem Jahrhundert mussten die Deutschen erfahren, was es bedeutet, wenn das Geld seinen Wert verliert. Binnen weniger Monate verloren Millionen Menschen ihr ganzes Ersparnis. Der wirtschaftliche Zusammenbruch des Deutschen Reiches nach dem ersten Weltkrieg hat im kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung tiefe Spuren hinterlassen. Noch Jahrzehnte später wurden in den Familien die Geschichten erzählt, wie die Großmütter für heute unfassbar große Summen kleine Einkäufe erledigten, und wie die Großväter am Tag der Lohnzahlung mit Rucksäcken voller Geld direkt auf den Markt gingen und nicht nach Hause, denn auf dem Umweg hätte das Geld sonst weiter erheblich an Kaufkraft verloren. Auch in den Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach zeigte sich das Trauma, das die Inflation der 1920er Jahre hinterlassen hatte: Wann immer man nach den Sorgen der Bevölkerung fragte, gehörte fast immer die Angst vor der Geldentwertung zu den meistgenannten Punkten, auch in Zeiten, in

denen es tatsächlich keine oder nur eine sehr geringe Inflation gab.

Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass die derzeitigen hohen Inflationsraten Beunruhigung bei der Bevölkerung auslösen. In der aktuellen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag dieser Zeitung sagten 83 Prozent der Befragten, die Preissteigerungen bereiteten ihnen große Sorgen. Damit stand dieser Punkt an der Spitze der 19 zur Auswahl gestellten Antwortmöglichkeiten. Erst an zweiter Stelle, genannt von 80 Prozent, folgte der Krieg in der Ukraine. 73 Prozent meinten, es bereite ihnen große Sorgen, dass die Lage in Europa und der Welt immer unberechenbarer werde, 69 Prozent wählten die Aussage „Dass die Energieversorgung nicht gesichert sein könnte“.

Schaubild 1

Erst weit dahinter rangieren die Themen, die die politische Debatte in den letzten Jahren bestimmt haben: „Nur“ 44 Prozent der Befragten sagten, sie machten sich große Sorgen, dass es erneut zu einem Andrang von Flüchtlingen in Europa kommen könnte, 43 Prozent äußerten große Sorgen, dass es nicht gelinge, die Corona-Pandemie in den Griff zu bekommen. Man erkennt, wie sehr das Thema Inflation zusammen mit der Ukraine-Krise und den damit verbundenen Problemen der Energieversorgung die Diskussionen in der Bevölkerung dominiert.

Tatsächlich ist die Furcht vor der Geldentwertung für viele Menschen kein theoretisches, sondern ein ganz konkretes, alltägliches Problem. So sagte in der aktuellen Umfrage jeder zweite Befragte, er mache sich große Sorgen, dass er seine Heizkosten nicht mehr bezahlen könnte. Und auf die Frage, wie sehr sie durch die Preissteigerungen in Deutschland belastet seien, antworteten 17 Prozent der Befragten, sie seien dadurch sehr stark belastet, weitere 45 Prozent sagten, die Preissteigerungen belasteten sie stark. Lediglich eine Minderheit von 35 Prozent meinte, sie seien weniger stark, kaum oder gar nicht belastet.

Schaubild 1

Tabelle A 1

Wie sehr die Inflation im Gegensatz zu anderen Wirtschaftskrisen in der Vergangenheit in den Alltag der Menschen eindringt, zeigt der Vergleich zur Finanzkrise der Jahre 2008/2009. Im Mai 2009 hatten auf die Frage „Wie stark beeinflusst die Krise Ihr Leben?“ lediglich sechs Prozent geantwortet, die Krise beeinflusse ihr Leben stark. Weitere 20 Prozent hatten angegeben, dass die Krise sie etwas, aber nicht so stark betreffe. In der aktuellen Umfrage sagten dagegen 15 Prozent, die Inflation betreffe sie stark, 47 Prozent meinten, sie betreffe sie etwas, aber nicht so stark. Da ist es nur folgerichtig, dass auf die Frage „Geht es Ihnen heute wirtschaftlich besser als vor einem Jahr oder schlechter, oder würden Sie sagen: kein Unterschied?“ nur drei Prozent der Befragten antworteten, es gehe ihnen heute

Schaubild 2

Tabelle A 2

besser, während jeder zweite sagte, es gehe ihm wirtschaftlich schlechter als vor einem Jahr.

Das Gefühl, von der Inflation bedroht zu sein und den Gürtel enger schnallen zu müssen, ist also in der Bevölkerung weit verbreitet. Gleichzeitig scheint die Substanz des Wohlstandes bei den meisten Bürgern zumindest derzeit noch nicht stark angegriffen zu sein. So antworteten auf die Frage „Versuchen Sie zurzeit, möglichst sparsam zu leben, oder ist das nicht der Fall?“ 70 Prozent der Befragten, sie bemühten sich, sparsam zu leben. Das sind zwar wesentlich mehr als im Jahr 2020, als nur 51 Prozent diese Antwort gaben, doch der damalige Wert war auch ungewöhnlich niedrig, vermutlich als Folge der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie – Geschäftsschließungen, Verbot von Großveranstaltungen, Ausgangs- und Reisebeschränkungen –, die die Konsummöglichkeiten erheblich beschränkten. In den Jahren 2009 bis 2019 hatten dagegen stets zwischen 62 und 67 Prozent und damit nicht viel weniger Befragte als derzeit angegeben, sie versuchten, möglichst sparsam zu leben. 2008 lag der Wert mit 73 Prozent sogar etwas höher als heute.

Schaubild 3

Auch in der Gesamteinschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage zeigen sich bisher keine großen Verschiebungen. Acht Prozent der Befragten sagten in der aktuellen Umfrage, ihnen gehe es wirtschaftlich sehr gut, sie hätten

Tabelle A 3



finanziell keine Sorgen. Eine relative Mehrheit von 44 Prozent meinte: „Ich kann mir zwar nicht alles leisten, aber alles in allem geht es mir wirtschaftlich recht gut.“ 35 Prozent sagten, sie kämen finanziell einigermaßen aus, neun Prozent wählten die Antwort „Ich muss mich wirtschaftlich ziemlich einschränken, kann mir nur das Nötigste leisten“, und 3 Prozent gaben an, finanziell ziemliche Sorgen zu haben und kaum zu wissen, wie sie ihren Lebensunterhalt finanzieren sollen.

Alle diese Zahlen unterscheiden sich nicht wesentlich von denen aus den Vorjahren. Die Bevölkerung spürt zwar deutlich den Druck der Inflation, doch dieser hat bei den allermeisten zumindest bisher noch nicht zu einer fundamentalen Verschlechterung ihrer finanziellen Lage geführt. Man kann allerdings annehmen, dass die Befürchtung, in Zukunft von der Inflation noch stärker betroffen zu sein als bereits derzeit, weit verbreitet ist. Auf die Frage „Glauben Sie, dass die steigenden Preise nur ein vorübergehendes Phänomen sind, oder befürchten Sie, dass wir uns längerfristig auf weiter steigende Preise einstellen müssen?“ antworteten lediglich sieben Prozent der Befragten, sie glaubten, dass die Inflation nur ein vorübergehendes Phänomen sei. 82 Prozent meinten dagegen, man müsse sich längerfristig auf weiter steigende Preise einstellen.

Tabelle A 4

Auch mit Blick auf die Energieversorgung zeigt sich die Bevölkerung pessimistisch. Wie bereits

erwähnt, sagten in der aktuellen Umfrage mehr als zwei Drittel der Befragten, sie befürchteten, dass die Energieversorgung nicht gesichert sein könnte. Fast ebenso deutlich fielen die Antworten auf eine Frage aus, mit der mögliche Engpässe im kommenden Winter konkret angesprochen wurden. Sie lautete: „Gehen Sie davon aus, dass wir im Winter eine ernsthafte Energiekrise in Deutschland haben werden, in der nicht genügend Gas zur Verfügung steht und der Gasverbrauch daher beschränkt werden muss, oder glauben Sie, dass wir mehr oder weniger unbeschadet über den Winter kommen werden?“ Eine klare Mehrheit von 52 Prozent gab bei dieser Frage zu Protokoll, sie rechne mit einer ernsthafte Energiekrise. Nur 25 Prozent glaubten dies ausdrücklich nicht.

Schaubild 1

Tabelle A 5

Dazu passt, dass nur wenige Bürger den Eindruck haben, dass die Bundesregierung die Lage auf dem Gebiet der Preissteigerungen im Griff hat. Auf die Frage „Wie groß ist Ihr Vertrauen, dass die Bundesregierung die richtigen Maßnahmen gegen die steigenden Preise ergreift?“ antworteten nur 16 Prozent der Befragten, sie hätten diesbezüglich in die Bundesregierung sehr großes oder großes Vertrauen. Fast drei Viertel sagten dagegen, sie hätten da weniger großes, kaum oder gar kein Vertrauen. Dabei ist auffällig, wie sehr sich das negative Urteil durch alle politischen Lager zieht: Nicht nur die Anhänger der Linken und der AfD sagten mit großen Mehrheiten, sie hätten wenig oder kein Vertrauen, dass die

Schaubild 4

Regierung die richtigen Maßnahmen gegen die Inflation ergreift – Letztere vertraten diese Position praktisch einhellig –, sondern auch die Anhänger der Regierungsparteien äußerten mit großen Mehrheiten zwischen 59 Prozent (SPD-Anhänger) und 85 Prozent (FDP-Anhänger) ihre Skepsis. Am ehesten waren noch die Anhänger der Grünen bereit, der Regierung in dieser Hinsicht zu vertrauen, doch auch bei ihnen überwog mit 63 zu 27 Prozent die Zahl der Skeptiker sehr deutlich.

Es wäre allerdings falsch, aus diesen Ergebnissen zu schließen, dass die Mehrheit der Bevölkerung die Politik der Bundesregierung ablehnt, Deutschland so rasch wie möglich aus der Abhängigkeit von russischen Rohstoffen herauszuführen, auch wenn dadurch die Energiekosten weiter steigen. Dies zeigen die Antworten auf die Frage „Sollte man Russland gegenüber hart bleiben, auch wenn das bedeutet, dass die Preise in Deutschland weiter steigen und wir uns einschränken müssen, oder finden Sie, bevor die Preise bei uns noch weiter steigen und wir uns einschränken müssen, muss man mit Russland verhandeln und unter Umständen auch Zugeständnisse machen?“ Die Bevölkerung insgesamt zeigt sich in dieser Frage gespalten: Eine knappe relative Mehrheit von 40 Prozent sprach sich in der Umfrage dafür aus, auch unter diesen Umständen hart zu bleiben, 36 Prozent vertraten die Gegenposition.

Schaubild 5

Angesichts des Ausmaßes der Furcht vor der Inflation ist das ein bemerkenswertes Ergebnis: Weitaus weniger Befragte als angegeben, von der Inflation selbst betroffen zu sein, weitaus weniger Bürger als angegeben, sie machten sich Sorgen, ob sie künftig noch ihre Heizkosten bezahlen können, sagten, man müsse deswegen mit Russland verhandeln und Kompromisse eingehen.

Auch bei dieser Frage ist die Analyse nach politischem Interesse aufschlussreich: Während sich die Anhänger der Regierungsparteien und der CDU/CSU mehrheitlich dafür aussprachen, gegenüber Russland hart zu bleiben, waren sehr deutliche Mehrheiten der Linken- und der AfD-Anhänger dagegen. Nachgeben gegenüber Russland ist also nur an den politischen Rändern populär. Die politisch gemäßigte Mehrheit aber sieht den Preissteigerungen in den kommenden Monaten zwar mit vielen Befürchtungen und wenig Illusionen, aber auch mit zusammengebissenen Zähnen entgegen.

Schaubild 5

## UNTERSUCHUNGSDATEN

|                          |  |
|--------------------------|--|
| Befragter Personenkreis: | Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland |
| Anzahl der Befragten:    | 1038   |
| Befragungszeitraum:      | 5.08. bis 18.08.2022   |
| Methode:                 | Repräsentative Quotenauswahl   |
| Art der Interviews:      | Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)                         |

## **Anhangtabellen**

Belastung durch die Preissteigerungen

Tabelle A 1  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Die Preise in Deutschland sind ja in den letzten Monaten gestiegen.  
Wie sehr belasten Sie diese Preissteigerungen? Würden Sie sagen,  
die Preissteigerungen belasten Sie ..."

|                             | Bevölkerung<br>insgesamt |      |
|-----------------------------|--------------------------|------|
|                             |                          | %    |
| „sehr stark“ .....          | 17                       |      |
| „stark“ .....               | 45                       |      |
| „weniger stark“ .....       | 30                       | } 35 |
| „kaum bzw. gar nicht“ ..... | 5                        |      |
| Unentschieden.....          | <u>3</u>                 |      |
|                             | 100                      |      |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058, August 2022

Für viele hat sich ihre wirtschaftliche Lage verschlechtert ...

Tabelle A 2  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn Sie Ihre wirtschaftliche Lage mit der vom vorigen Jahre vergleichen: Geht es Ihnen heute wirtschaftlich besser als vor einem Jahr oder schlechter, oder würden Sie sagen: kein Unterschied?"

|                        | Bevölkerung<br>insgesamt |
|------------------------|--------------------------|
|                        | %                        |
| Besser .....           | 3                        |
| Schlechter.....        | 50                       |
| Kein Unterschied ..... | 43                       |
| Keine Angabe .....     | <u>4</u>                 |
|                        | 100                      |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058, August 2022



... aber den meisten geht es wirtschaftlich  
recht gut

Tabelle A 3  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wo würden Sie sich auf dieser Liste hier einstufen?"

|  | Bevölkerung<br>insgesamt |
|--|--------------------------|
|  | %                        |
| Mir geht es wirtschaftlich sehr gut, habe<br>finanziell keine Sorgen.....                                | 8                        |
| Ich kann mir zwar nicht alles leisten, aber alles<br>in allem geht es mir wirtschaftlich recht gut ..... | 44                       |
| Ich komme finanziell einigermaßen aus,<br>es reicht gerade .....   | 35                       |
| Ich muss mich wirtschaftlich ziemlich einschränken,<br>kann mir nur das Nötigste leisten.....            | 9                        |
| Habe finanziell ziemliche Sorgen, weiß kaum, wie<br>ich meinen Lebensunterhalt finanzieren soll .....    | <u>3</u>                 |
|  | 100                      |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058, August 2022

Preissteigerungen nicht nur vorübergehend

Tabelle A 4  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Glauben Sie, dass die steigenden Preise nur ein vorübergehendes Phänomen sind, oder befürchten Sie, dass wir uns längerfristig auf weiter steigende Preise einstellen müssen?"

|   | Bevölkerung<br>insgesamt |
|---|--------------------------|
|   | %                        |
| Vorübergehendes Phänomen .....                      | 7                        |
| Längerfristig auf steigende Preise einstellen ..... | 82                       |
| Unentschieden.....                                  | <u>11</u><br>100         |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058, August 2022

Mehrheit erwartet eine ernsthafte Energiekrise

Tabelle A 5  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Gehen Sie davon aus, dass wir im Winter eine ernsthafte Energiekrise in Deutschland haben werden, in der nicht genügend Gas zur Verfügung steht und der Gasverbrauch daher beschränkt werden muss, oder glauben Sie, dass wir mehr oder weniger unbeschadet über den Winter kommen werden?"

|   | Bevölkerung<br>insgesamt |
|---|--------------------------|
|   | %                        |
| Ernsthafte Energiekrise .....                                 | 52                       |
| Kommen mehr oder weniger unbeschadet<br>über den Winter ..... | 25                       |
| Unentschieden.....  | <u>23</u>                |
|   | 100                      |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058, August 2022

| Zweitstimmen             | Gesamtdeutschland |          |          |                      |                   |          |               |
|--------------------------|-------------------|----------|----------|----------------------|-------------------|----------|---------------|
|                          | CDU/<br>CSU<br>%  | FDP<br>% | SPD<br>% | Bü.90/<br>GRÜNE<br>% | DIE<br>LINKE<br>% | AfD<br>% | Sonstige<br>% |
| 2017: Jahresdurchschnitt | 36,0              | 9,0      | 25,0     | 8,5                  | 8,5               | 9,0      | 4,0           |
| <b>Bundestagswahl</b>    |                   |          |          |                      |                   |          |               |
| 24.9.2017                | 32,9              | 10,7     | 20,5     | 8,9                  | 9,2               | 12,6     | 5,2           |
| 2018: Jahresdurchschnitt | 31,5              | 9,5      | 19,0     | 13,0                 | 9,5               | 13,5     | 4,0           |
| 2019: Jahresdurchschnitt | 30,0              | 7,5      | 16,0     | 20,5                 | 8,0               | 13,0     | 5,0           |
| 2020: Jahresdurchschnitt | 35,5              | 6,5      | 16,0     | 20,0                 | 7,5               | 10,0     | 4,5           |
| 2021: 10.-20. Januar     | 37,0              | 6,5      | 16,0     | 20,0                 | 7,5               | 9,0      | 4,0           |
| 4. - 17. Februar         | 37,0              | 7,0      | 15,0     | 20,0                 | 7,0               | 9,5      | 4,5           |
| 8. - 21. März            | 28,5              | 8,5      | 18,0     | 21,5                 | 8,5               | 10,0     | 5,0           |
| 6. - 15. April           | 28,0              | 10,0     | 16,5     | 23,0                 | 7,5               | 9,5      | 5,5           |
| 23. April - 6.Mai        | 26,0              | 10,0     | 17,0     | 26,0                 | 7,0               | 9,0      | 5,0           |
| 1. - 13. Mai             | 27,5              | 10,0     | 16,0     | 24,0                 | 6,5               | 10,0     | 6,0           |
| 28. Mai - 9. Juni        | 29,5              | 11,0     | 17,0     | 21,5                 | 7,0               | 9,0      | 5,0           |
| 3. - 14. Juli            | 31,5              | 12,0     | 16,5     | 18,0                 | 6,5               | 9,5      | 6,0           |
| 3. - 22. Juli            | 30,0              | 12,0     | 16,0     | 19,5                 | 7,0               | 9,5      | 6,0           |
| 5. - 17. August          | 27,5              | 11,0     | 19,5     | 17,5                 | 7,5               | 11,0     | 6,0           |
| 18. - 26. August         | 26,0              | 10,5     | 24,0     | 17,0                 | 6,0               | 10,5     | 6,0           |
| 1. - 7. Sept.            | 25,0              | 9,5      | 27,0     | 15,5                 | 6,0               | 11,0     | 6,0           |
| 16. - 23. Sept.          | 25,0              | 10,5     | 26,0     | 16,0                 | 5,0               | 10,0     | 7,5           |
| <b>Bundestagswahl</b>    |                   |          |          |                      |                   |          |               |
| 26.9.2021                | 24,1              | 11,5     | 25,7     | 14,8                 | 4,9               | 10,3     | 8,7           |
| 1. - 14. Oktober         | 21,0              | 14,0     | 28,0     | 15,0                 | 5,0               | 9,5      | 7,5           |
| 29.Okt.-11.Nov.          | 23,0              | 14,0     | 27,0     | 15,0                 | 5,5               | 9,5      | 6,0           |
| 1. - 15. Dezember        | 24,0              | 13,0     | 26,0     | 15,0                 | 5,0               | 10,5     | 6,5           |
| 2022: 6. - 20. Januar    | 23,0              | 12,5     | 27,5     | 14,5                 | 5,5               | 10,0     | 7,0           |
| 3. - 16. Februar         | 27,0              | 10,5     | 25,0     | 15,0                 | 6,0               | 10,0     | 6,5           |
| 9. - 21. März            | 25,0              | 10,5     | 25,0     | 17,0                 | 5,0               | 10,0     | 7,5           |
| 25. März - 6. April      | 24,0              | 9,0      | 28,0     | 17,0                 | 6,0               | 9,0      | 7,0           |
| 6. - 18. Mai             | 29,0              | 8,0      | 24,0     | 20,5                 | 4,5               | 9,0      | 5,0           |
| 3. - 17. Juni            | 27,0              | 8,0      | 23,0     | 22,0                 | 4,5               | 10,0     | 5,5           |
| 8. - 21. Juli            | 27,5              | 7,0      | 22,0     | 22,0                 | 5,0               | 11,0     | 5,5           |
| 5. - 18. August          | 29,0              | 8,0      | 19,5     | 21,0                 | 5,0               | 12,0     | 5,5           |

Befragt wurden persönlich-mündlich insgesamt 1.038 Personen.

*Bei dieser Stichprobengröße beträgt die Fehlerspanne bei einem Anteilswert von 30 Prozent rund +/- 3 Prozentpunkte und bei einem Anteilswert von 10 Prozent rund +/- 2 Prozentpunkte.*

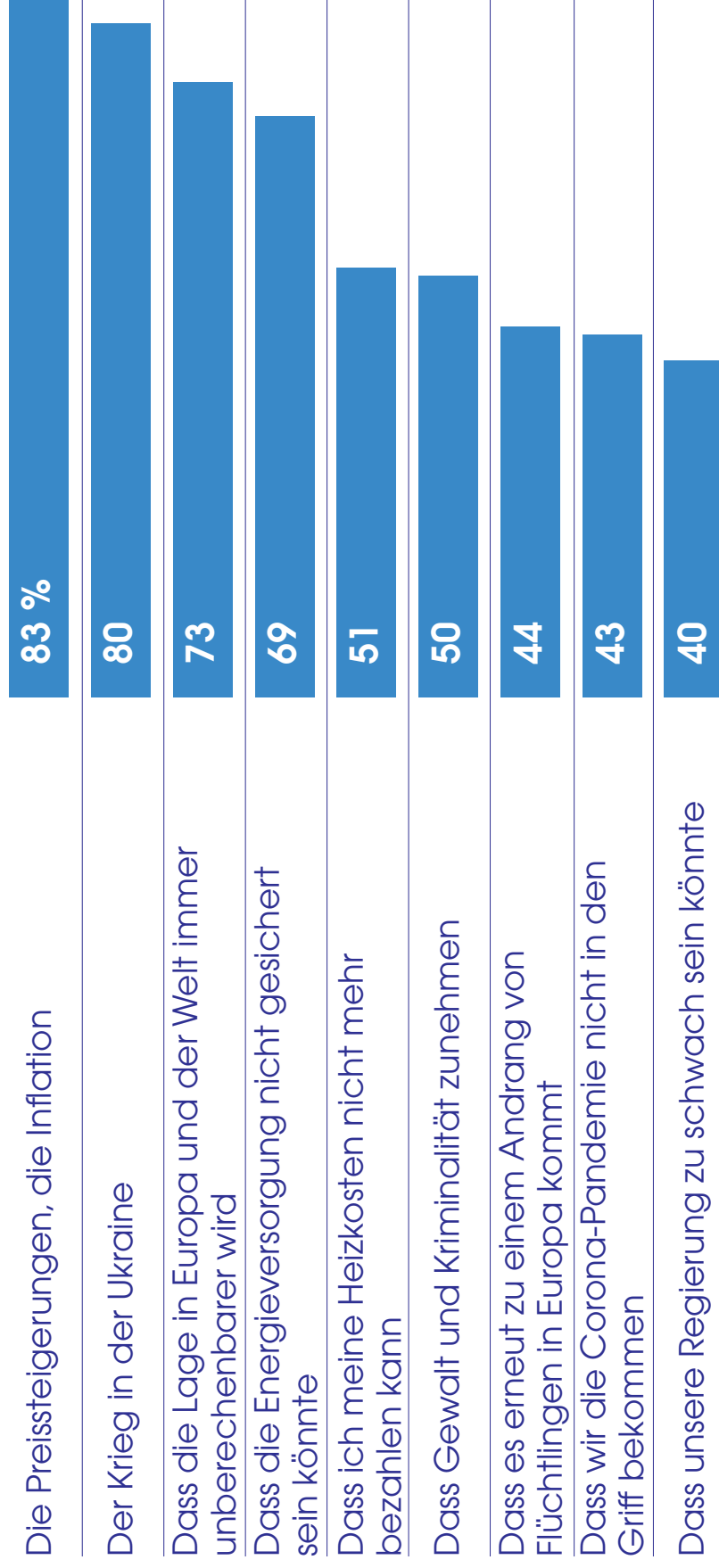
QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie, IfD-Umfrage 12058

## **Schaubilder**

# Sorgen

Frage: "Es soll untersucht werden, was den Menschen heute große Sorgen bereitet, was sie bedrückt. Könnten Sie diese Liste bitte einmal durchsehen und mir alle Punkte nennen, von denen Sie sagen würden: Ja, das macht mir große Sorgen?"

- Auszug -



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058

# Ist man von der Krise betroffen?

Frage: "Es ist ja ganz unterschiedlich, wie stark die Menschen von der Krise, der Inflation, betroffen sind. Wie ist das bei Ihnen persönlich: Wie stark beeinflusst die Krise Ihr Leben?"



Die Krise betrifft mich stark

Sie betrifft mich etwas, aber nicht so stark

Bisher beeinflusst die Krise mein Leben zwar nicht, aber ich befürchte, dass sich das bald ändern wird

Die Krise beeinflusst mein Leben bislang eigentlich gar nicht, und ich gehe auch davon aus, dass es auch so bleibt

Zum Vergleich:  
Mai 2009 (Finanzkrise)

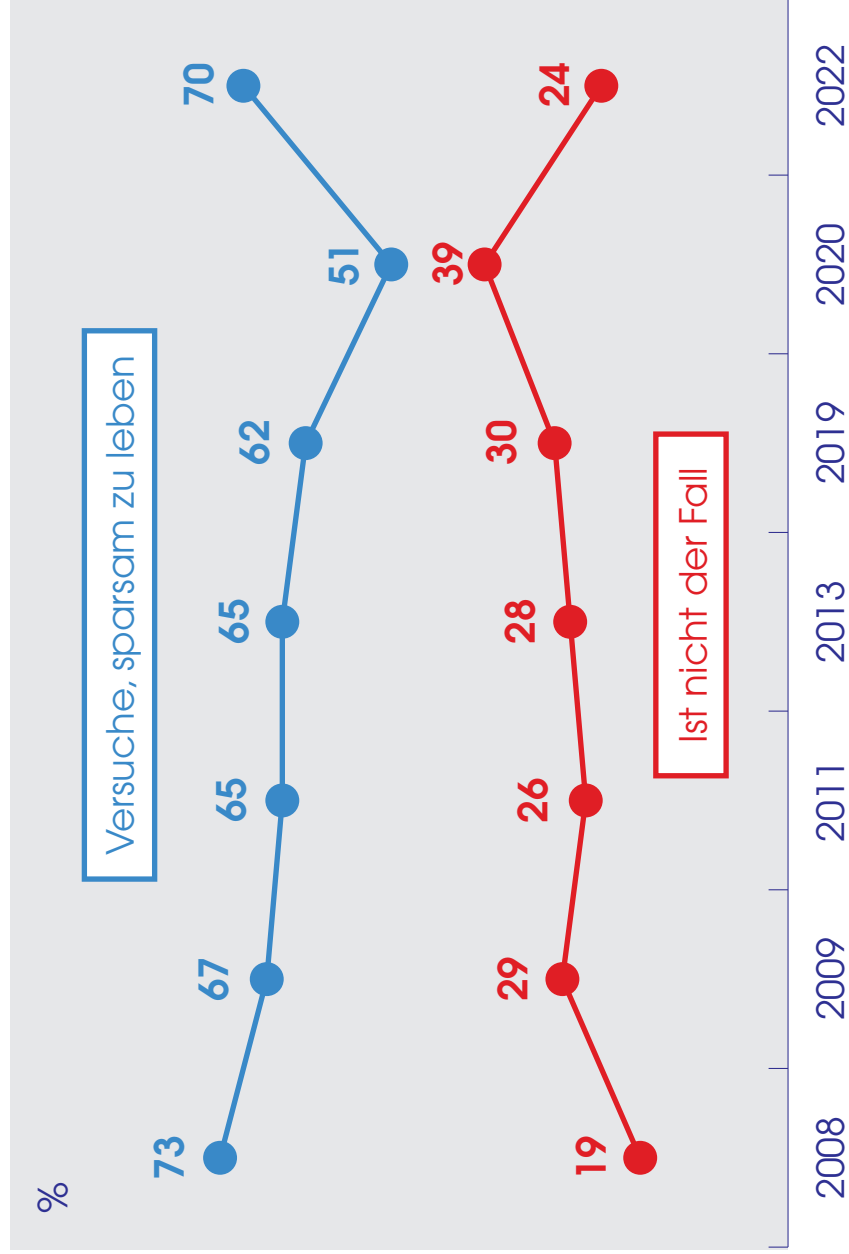
August 2022

An 100 fehlende Prozent: unentschieden, keine Angabe

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10037, 12058

# Sparsam leben

Frage: "Wie ist das bei Ihnen: Versuchen Sie zurzeit, möglichst sparsam zu leben, oder ist das nicht der Fall?"



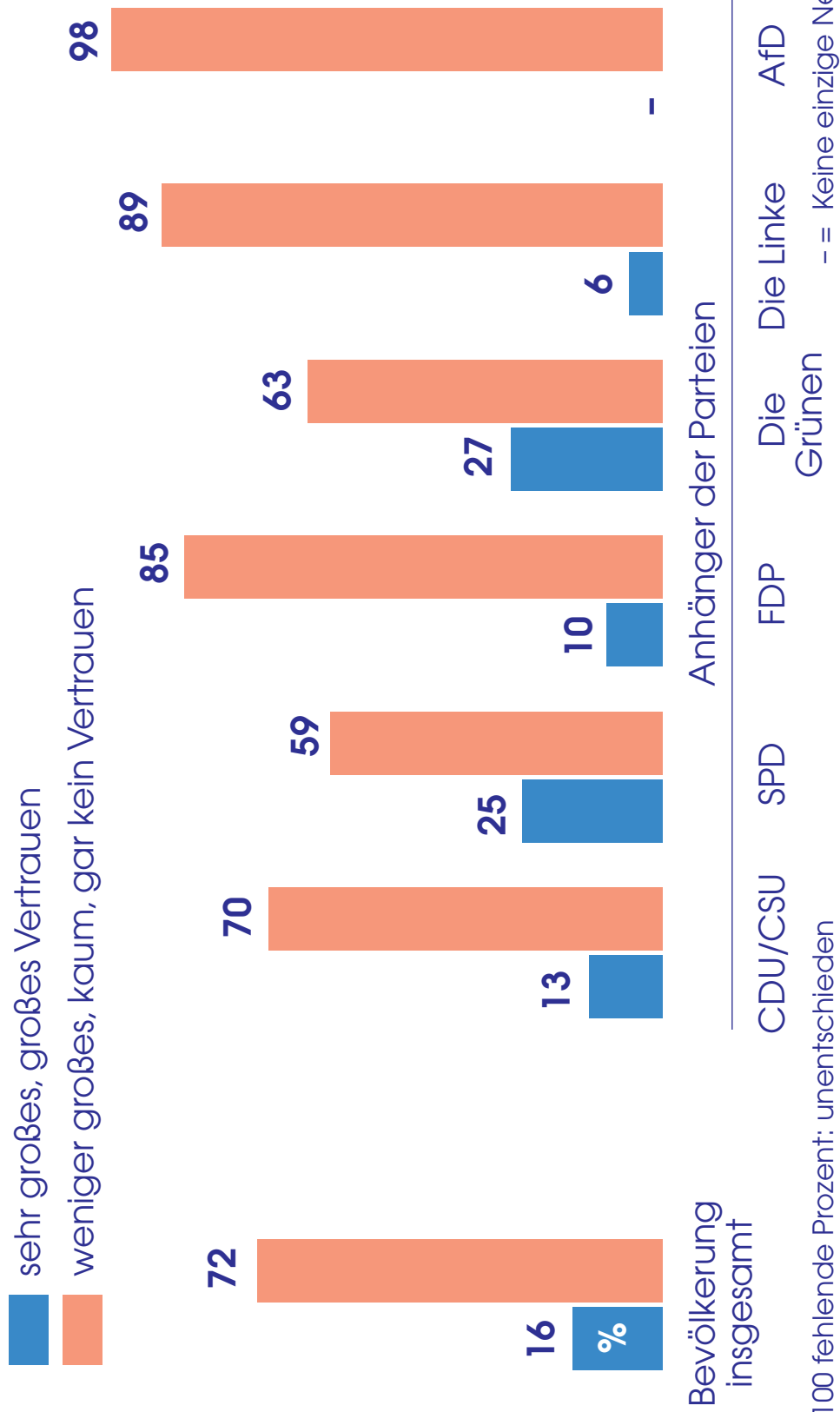
An 100 fehlende Prozent: keine Angabe

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12058



# Vertrauen in die Maßnahmen der Bundesregierung

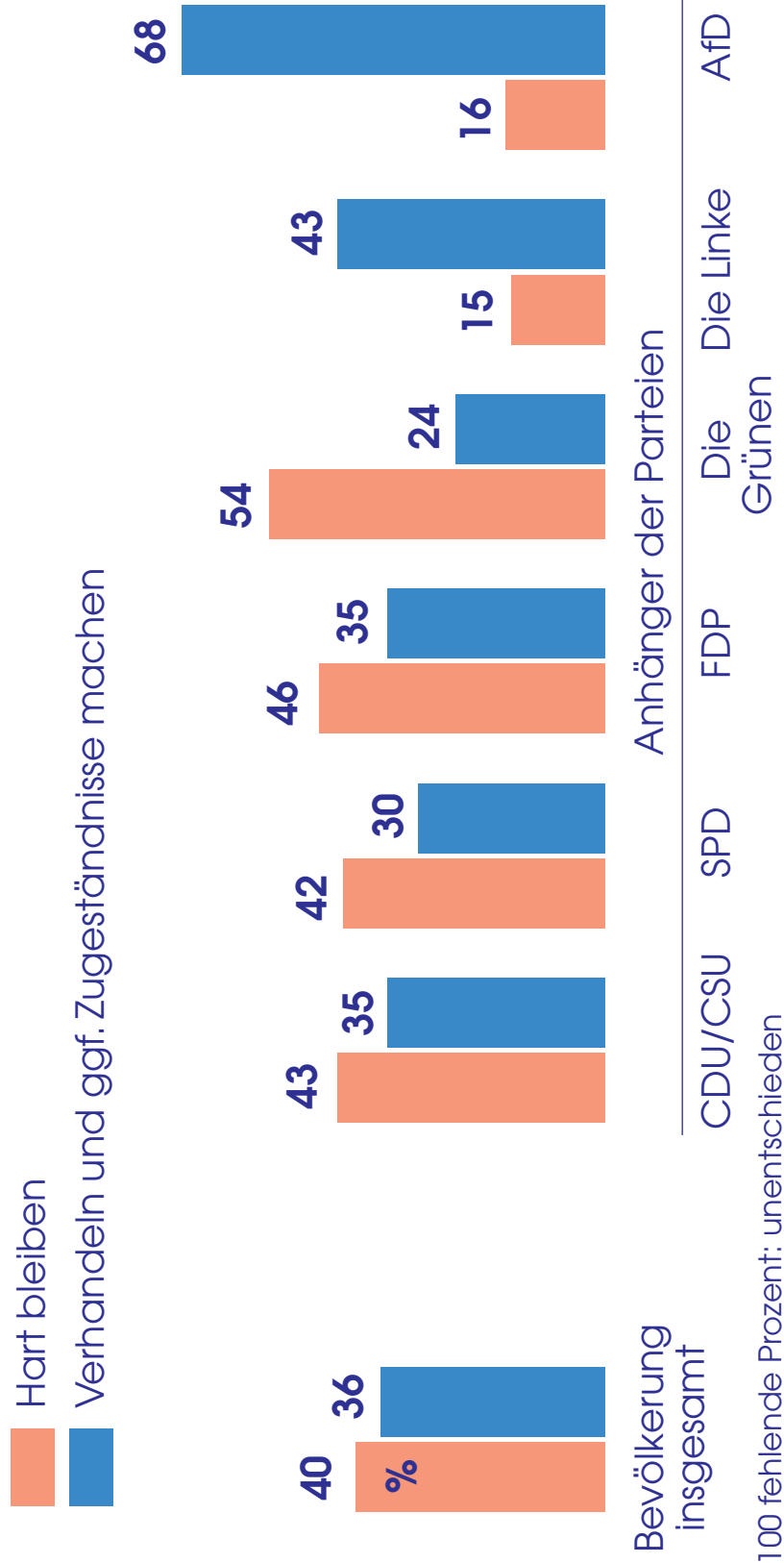
Frage: "Wie groß ist Ihr Vertrauen, dass die Bundesregierung die richtigen Maßnahmen gegen die steigenden Preise ergreift? Haben Sie zur Bundesregierung da ..."



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058

# Hart bleiben gegenüber Russland oder Zugeständnisse machen?

Frage: "Sollte man gegenüber Russland hart bleiben, auch wenn das bedeutet, dass die Preise in Deutschland weiter steigen und wir uns einschränken müssen, oder finden Sie, bevor die Preise bei uns noch weiter steigen und wir uns einschränken müssen, muss man mit Russland verhandeln und unter Umständen auch Zugeständnisse machen?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12058

Veröffentlichung in der  
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 196  
vom 24. August 2022, S. 8, unter dem Titel:

"Die Furcht vor Geldentwertung. Konkrete  
Auswirkungen sind noch gering, die Sorgen aber  
groß."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

# Die Furcht vor Geldentwertung

Vor knapp einem Jahrhundert mussten die Deutschen erfahren, was es bedeutet, wenn das Geld seinen Wert verliert. Binnen weniger Monate verloren Millionen Menschen ihr ganzes Erspartes. Der wirtschaftliche Zusammenbruch des Deutschen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg hat im kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung tiefe Spuren hinterlassen. Noch Jahrzehnte später wurden in den Familien die Geschichten erzählt, wie die Großmütter für heute unfassbar große Summen kleine Einkäufe erledigten und wie die Großväter am Tag der Lohnzahlung mit Rucksäcken voller Geld direkt auf den Markt gingen und nicht nach Hause, denn auf dem Umweg hätte das Geld sonst weiter erheblich an Kaufkraft verloren. Auch in den Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach zeigte sich das Trauma, das die Inflation der 1920er-Jahre hinterlassen hatte: Wann immer man nach den Sorgen der Bevölkerung fragte, gehörte fast immer die Angst vor der Geldentwertung zu den meistgenannten Punkten, auch in Zeiten, in denen es tatsächlich keine oder nur eine sehr geringe Inflation gab.

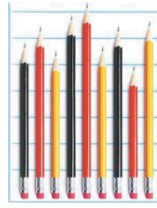
Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass die derzeit hohen Inflationsraten Beunruhigung bei der Bevölkerung auslösen. In der aktuellen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag dieser Zeitung sagten 83 Prozent der Befragten, die Preissteigerungen bereiten ihnen große Sorgen. Damit stand dieser Punkt an der Spitze der 19 zur Auswahl gestellten Antwortmöglichkeiten. Erst an zweiter Stelle, genannt von 80 Prozent, folgte der Krieg in der Ukraine. 73 Prozent meinten, es bereite ihnen große Sorgen, dass die Lage in Europa und der Welt immer unberechenbarer werde, 69 Prozent wählten die Aussage „Dass die Energieversorgung nicht gesichert sein könnte“.

Erst weit dahinter rangieren die wichtigsten Themen der vergangenen Jahre: „Nur“ 44 Prozent sagten, sie machten sich große Sorgen, dass es wieder zu einem Andrang von Flüchtlingen in Europa kommen könnte, 43 Prozent äußerten große Sorgen, dass es nicht gelinge, die Corona-Pandemie in den Griff zu bekommen. Man erkennt, wie sehr das Thema Inflation zusammen mit der Ukraine-Krise und den damit verbundenen Problemen der Energieversorgung die Diskussionen in der Bevölkerung dominiert.

Tatsächlich ist die Furcht vor der Geldentwertung für viele Menschen kein theoretisches, sondern ein ganz konkretes, alltägliches Problem. So sagte in der aktuellen Umfrage jeder zweite Befragte, er mache sich große Sorgen, dass er seine Heizkosten nicht mehr bezahlen könnte. Und auf die Frage, wie sehr sie durch die Preissteigerungen in Deutschland belastet seien, antworteten 17 Prozent der Befragten, sie seien dadurch sehr stark belastet, weitere 45 Prozent sagten, die Preissteigerungen belasteten sie stark. Lediglich eine Minderheit von 35 Prozent meinte, sie seien weniger stark, kaum oder gar nicht belastet.

Wie sehr die Inflation im Gegensatz zu anderen Wirtschaftskrisen in der Vergangenheit in den Alltag der Menschen eindringt, zeigt der Vergleich zur Finanzkrise der Jahre 2008/2009. Im Mai 2009 hatten auf die Frage „Wie stark beeinflusst die Krise Ihr Leben?“ lediglich sechs Prozent geantwortet, die Krise beeinflusse ihr Leben stark. Weitere 20 Prozent hatten angegeben, dass die Krise sie etwas, aber nicht so stark betreffe. Jetzt sagten dagegen 15 Prozent, die Inflation betreffe sie stark, 47 Prozent meinten, sie betreffe sie etwas, aber nicht so stark. Da ist es nur folgerichtig, dass auf die Frage „Geht es Ihnen heute wirtschaftlich besser als vor einem Jahr oder schlechter, oder würden Sie sagen: kein Unterschied?“ nur drei Prozent der Befragten antworteten, es gehe ihnen heute besser, während jeder Zweite sagte, es gehe ihm wirtschaftlich schlechter als vor einem Jahr.

Das Gefühl, von der Inflation bedroht zu sein und den Gürtel eng schnallen



Konkrete Auswirkungen sind noch gering, die Sorgen aber groß.

Von Thomas Petersen, Institut für Demoskopie Allensbach

zu müssen, ist also weit verbreitet. Gleichzeitig scheint die Substanz des Wohlstands bei den meisten zumindest derzeit noch nicht stark angegriffen zu sein. So antworteten auf die Frage „Versuchen Sie zurzeit, möglichst sparsam zu leben, oder ist das nicht der Fall?“ 70 Prozent, sie bemühten sich, sparsam zu leben. Das sind zwar wesentlich mehr als 2020, als nur 51 Prozent diese Antwort gaben, doch der damalige Wert war auch ungewöhnlich niedrig, vermutlich als Folge der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie – Geschäftsschließungen, Verbote von Großveranstaltungen, Ausgangs- und Reisebeschränkungen –, die die Konsummöglichkeiten erheblich beschränkten. In den Jahren 2009 bis 2019 hatten dagegen stets zwischen 62 und 67 Prozent und damit nicht viel weniger Befragte als derzeit angegeben, sie versuchten, möglichst sparsam zu leben. 2008 lag der Wert mit 73 Prozent sogar etwas höher als heute.

Auch in der Gesamteinschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage zeigen sich bisher keine großen Verschiebungen. Acht Prozent sagten in der aktuellen Umfrage, ihnen gehe es wirtschaftlich sehr gut, sie hätten finanziell keine Sorgen. Eine relative Mehrheit von 44 Pro-

zent meinte: „Ich kann mir zwar nicht alles leisten, aber alles in allem geht es mir wirtschaftlich recht gut.“ 35 Prozent sagten, sie kämen finanziell einigermaßen aus, neun Prozent wählten die Antwort „Ich muss mich wirtschaftlich ziemlich einschränken, kann mir nur das Nötigste leisten“, und drei Prozent gaben an, finanziell ziemliche Sorgen zu haben und kaum zu wissen, wie sie ihren Lebensunterhalt finanzieren sollen.

Alle diese Zahlen unterscheiden sich nicht wesentlich von denen aus den Vorjahren. Die Bevölkerung spürt zwar deutlich den Druck der Inflation, doch dieser hat bei den allermeisten zumindest bisher noch nicht zu einer fundamentalen Verschlechterung ihrer finanziellen Lage geführt. Man kann allerdings annehmen, dass die Befürchtung, in Zukunft von der Inflation noch stärker betroffen zu sein als bereits derzeit, weit verbreitet ist. Auf die Frage „Glauben Sie, dass die steigenden Preise nur ein vorübergehendes Phänomen sind, oder befürchten Sie, dass wir uns längerfristig auf weiter steigende Preise einstellen müssen?“ antworteten lediglich sieben Prozent der Befragten, sie glaubten, dass die Inflation nur ein vorübergehendes Phänomen sei. 82 Prozent meinten

dagegen, man müsse sich längerfristig auf weiter steigende Preise einstellen.

Auch mit Blick auf die Energieversorgung zeigt sich die Bevölkerung pessimistisch. Wie erwähnt, sagten in der aktuellen Umfrage mehr als zwei Drittel, sie befürchteten, dass die Energieversorgung nicht gesichert sein könnte. Fast ebenso deutlich fielen die Antworten auf eine Frage aus, mit der mögliche Engpässe im kommenden Winter konkret angesprochen wurden. Sie lautete: „Gehen Sie davon aus, dass wir im Winter eine ernsthafte Energiekrise in Deutschland haben werden, in der nicht genügend Gas zur Verfügung steht und der Gasverbrauch daher beschränkt werden muss, oder glauben Sie, dass wir mehr oder weniger unbeschadet über den Winter kommen werden?“ 52 Prozent gaben bei dieser Frage zu Protokoll, sie rechneten mit einer ernsthaften Energiekrise. Nur 25 Prozent glaubten dies ausdrücklich nicht.

Dazu passt, dass nur wenige Bürger den Eindruck haben, dass die Bundesregierung die Lage im Griff hat. Auf die Frage „Wie groß ist Ihr Vertrauen, dass die Bundesregierung die richtigen Maßnahmen gegen die steigenden Preise ergreift?“ antworteten nur 16 Prozent, sie hätten diesbezüglich in die Bundesregierung sehr großes oder großes Vertrauen. Fast drei Viertel sagten dagegen, sie hätten weniger großes, kaum oder gar kein Vertrauen. Dabei ist auffällig, wie sehr sich das negative Urteil durch alle politischen Lager zieht: Nicht nur die Anhänger der Linken und der AfD sagten mit großer Mehrheit, sie hätten wenig oder kein Vertrauen, dass die Regierung die richtigen Maßnahmen ergreife – Letztere vertraten diese Position praktisch einhellig. Auch die Anhänger der Regierungsparteien äußerten mit Mehrheiten zwischen 59 Prozent (SPD-Anhänger) und 85 Prozent (FDP-Anhänger) ihre Skepsis. Am ehesten waren noch die Anhänger der Grünen bereit, der Regierung hier zu vertrauen, doch auch bei ihnen überwog mit 63 zu 27 Prozent die Zahl der Skeptiker deutlich.

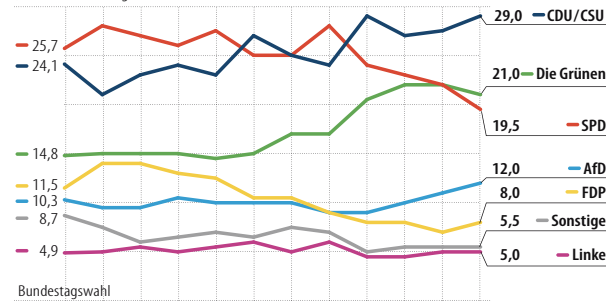
Es wäre allerdings falsch, aus diesen Ergebnissen zu schließen, dass die Mehrheit die Politik der Bundesregierung ablehnt, Deutschland so rasch wie möglich aus der Abhängigkeit von russischen Rohstoffen herauszuführen, auch wenn dadurch die Energiekosten weiter steigen. Dies zeigen die Antworten auf die Frage „Sollte man Russland gegenüber hart bleiben, auch wenn das bedeutet, dass die Preise in Deutschland weiter steigen und wir uns einschränken müssen, oder finden Sie, bevor die Preise bei uns noch weiter steigen und wir uns einschränken müssen, muss man mit Russland verhandeln und unter Umständen auch Zugeständnisse machen?“. Die Bevölkerung insgesamt zeigt sich in dieser Frage gespalten: Eine knappe relative Mehrheit von 40 Prozent sprach sich dafür aus, auch unter diesen Umständen hart zu bleiben, 36 Prozent vertraten die Gegenposition.

Angesichts des Ausmaßes der Furcht vor der Inflation ist das ein bemerkenswertes Ergebnis: Weitaus weniger Befragte als angaben, von der Inflation selbst betroffen zu sein, weitaus weniger Bürger als angaben, sie machten sich Sorgen, ob sie künftig noch ihre Heizkosten bezahlen können, sagten, man müsse deswegen mit Russland verhandeln und Kompromisse eingehen.

Auch bei dieser Frage ist die Analyse nach politischem Interesse aufschlussreich: Während sich die Anhänger der Regierungsparteien und der CDU/CSU mehrheitlich dafür aussprachen, gegenüber Russland hart zu bleiben, waren sehr deutliche Mehrheiten der Linken- und der AfD-Anhänger dagegen. Nachgeben gegenüber Russland ist also nur an den politischen Rändern populär. Die politisch gemäßigtere Mehrheit aber sieht den Preissteigerungen in den kommenden Monaten zwar mit vielen Befürchtungen und wenig Illusionen, aber auch mit zusammengebissenen Zähnen entgegen.

## Die Stärke der Parteien

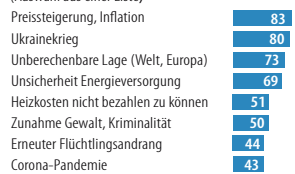
Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)



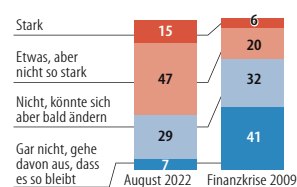
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, jüngste Umfrage: 5. bis 8. August 2022, 1038 Befragte, gerundete Angaben. F.A.Z.-Grafik/Niebel

## Die Sorgen in der Krise

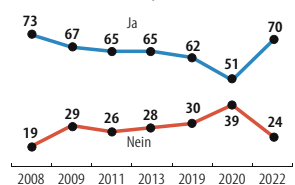
Was macht Ihnen große Sorgen? (Auswahl aus einer Liste)



Wie stark beeinflusst die Krise Ihr Leben?



Versuchen Sie zurzeit sparsam zu leben?



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach/F.A.Z.-Grafik/Niebel

Soll man gegenüber Russland hart bleiben?

